



Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Buerfurt, Peltzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Corgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Das letzte Mittel im Wahlrechtskampfe. Generalfreist in Belgien und Ungarn.

Die Vorbereitungen in Belgien.

Uns Briefe sind und geschrieben:

Mit 101 gegen 85 Stimmen hat die belgische Abgeordnetenkammer beschlossen, den Antrag der Arbeiterpartei, das Verfassungsdirektorium zum Zwecke der Einführung des gleichen Wahlrechts einzuladen, nicht zur Diskussion zu lassen.

Sobald der Verlauf der Sitzung der Abgeordnetenkammer erweis, daß sie sich auf ein Abweichen der Regierung über eine Wendung zum Kompromiß in dieser Stunde endgültig ausgehen werden möchte, und daß die liberale Regierungsmehrheit einverstanden war, die ein Mann den von Sozialisten und Liberalen beschlossenen Wahlrechtsantrag als Indikatoren niederzuschreiben, ergreift der sozialistische Abgeordnete De Waele zu einer kurzen Protestrede das Wort, die in den Ruf: Es lebe der Generalfreist!

Sie sind im Begriffe, zum siebenten Male seit 20 Jahren die Verfassungsrevision abzulehnen. Gleich am 20. September des parlamentarischen Verhandlungsverfahrens werden Sie einer Resolution den Weg bahnen, die dem elementaren Gerechtigkeitssinn entspricht und die, wie es einer von Ihnen ausdrücklich anerkannt hat, ebensojourn von den Arbeitern der christlichen Gewerkschaften wie von den Sozialisten gefordert wird.

Wir haben Sie gebeten, unseren Anträge wenigstens die Ehre einer Diskussion widerfahren zu lassen. Sie haben es nicht gewollt.

Andere Mitglieder dieser Kammer haben Sie beschworen, Ihre bemittelnde Intervention nicht von der Hand zu weisen: Sie haben sie abgewiesen.

Denn, die Sie um Gerechtigkeit erluchten, wie denen, die Sie um Befriedigung bitten, haben Sie die „Staatskränze“ abgeworfen, den letzten Vorwand der Regierung, die es nicht wagten, sich über den Klassen- und Parteigegensatz zu erheben. Die Debatte ist geschlossen. Wir kennen Ihre Absichten. Sie kennen die unfruchtbar. Wir wehren uns. Wehren Sie sich!

Aber bevor wir zur Abstimmung schreiten, haben wir an die Arbeiter, unsere Auftraggeber, noch ein Wort zu richten.

Den Arbeitern gegenüber haben wir (die Führer) diese letzten Monate nur unabhörbare Aufgaben zu erfüllen gehabt. Wir haben sie in ihrem Glauben aufhalten, ihnen berechtigten Horn zurückzubringen müssen, wir mußten sie zur Ruhe mahnen, während man sie füllte, wir mußten unter den schwierigen Verhältnissen die größten Anstrengungen machen, ihnen Geduld zu predigen, als ihre Delegierten die sofortige Erklärung des Generalfreists forderten.

Wir haben das alles getan, um größeren Wehlein aus dem Wege zu gehen, auf die Gefahr hin, der Identifizierung und der Schwäche verdächtigt zu werden, weil wir die Hoffnung nicht aufgeben wollten, daß der Streik werden werden möge, weil wir auf jeden Fall widerstehen und noch widerstehen, er möge ohne Nutzen zu Ende zu verlaufen.

Mit diesen Hoffnungen ist es jetzt aus. Die Lage ist jetzt durchaus eindeutig, und Sie mögen mir glauben, wenn ich erkläre, daß diejenigen unter uns, die den tiefsten und wichtigsten Wunsch hegen, den Streik zu vermeiden, nicht die am wenigsten Entschlossenen und die am wenigsten Zutraulichen sind, wenn man dem nahe bevorstehenden Tage, wo die Arbeiterorganisationen beschließen werden, zu zeigen, daß ihre Resolutionen keine leeren Worte sind.

Wir haben im Namen der Arbeiterpartei eine Verpflichtung auf uns genommen. Am Anfang dieser Session haben wir erklärt, daß es nicht unsere Aufgabe sei, die durch die Ablehnung unseres Antrags das Signal zur Arbeitseinstellung geben werden.

Wir wollen sie jetzt daran erinnern. Wir fordern die Arbeiterpartei auf, auf unsere Worte zu hören, die Worte ihrer verantwortlichen Delegierten abzuwarten, und dafür zu sorgen, daß keine Gewalttätigkeiten oder partielle Beschränkungen der Bewegung geschehen, deren Erfolg ausschließlich durch die Solidarität und Unnachgiebigkeit ihrer eigene nur erzielt werden.

Unser Antrag wird gleich abgelehnt werden, aber er wird bald wiederkehren. Gleich nach seiner Ablehnung werden wir mit mehr Energiehoffnung und Begeisterung als je ausrufen: es lebe die Verfassungsrevision! es lebe das Wahlrecht!

Diese Erklärung, deren Text von der am Mittwoch abgehaltenen Sitzung des Großen Komitees (so nennt man die speziellen kommissionierten Sitzungen des Parteivorstandes, der Arbeiter gewisser Industriezweige, von denen befristet wurde, daß sie gleich nach der Ablehnung der Wahlrechtsreform spontan in den Streik treten würden, von unüberlegten Schritten zurückhalten. Die Stimmung der Arbeiterpartei ist ebenso erbittert und zum Teil so aufgeregter, daß die größten Anstrengungen gemacht werden müssen, damit der Streik nicht eher als zu dem von den verantwortlichen Instanzen als günstig betrachteten Moment ausbricht.

Daß es nunmehr keinen anderen Ausweg mehr gibt, als die Anwendung des äusseren proletarischen Kampfmittels, des politischen Waffenstreiks, darüber gab es in der Sitzung des Großen Komitees am Mittwoch nicht die geringste Meinungsverschiedenheit. Dort wurde auch die Festsetzung des Datums beraten, zu dem die Arbeiter, die längere Abstimmungslisten haben, ihren Arbeitvertrag kündigen sollen, und das Ergebnis dieser Beratungen wurde nur deswegen noch nicht bekanntgemacht, damit sich die Streiklisten nicht auf die „Reise“ als ein neues Ereignis in der Geschichte der Arbeiterbewegung im Februar 12. Februar, wird jedoch noch sehr eifrig über Zusammenkünfte, um in bezug hierauf einen endgültigen Beschluß zu fassen. Schon jetzt aber steht fest, daß die Arbeiterpartei in der Wahlrechtsfrage keinen neuen parlamentarischen Vorstoß unternehmen und all ihre Kraft auf die letzten Maßnahmen zur Organisation des Generalfreists konzentrieren wird, dessen Zeitpunkt nicht über April hinaus verschoben, möglicherweise aber auch früher angelegt werden soll. Die belgische Arbeiterklasse wird den im zugeordneten Gedankengang nicht liegen lassen, daß ihr bißig nicht nur ihre Vergangenheit, sondern auch die im Vergleich zu den früheren Wahlrechtskämpfen von 1898 und 1902 agitatorisch wie organisatorisch unendlich überlegene Weisheit, in der sie schon seit sieben Monaten zum Generalfreist rüht.

Der Kampf in Ungarn.

Uns Budapest wird uns geschrieben: Am hat der parlamentarische Wahlrechtsauschuss die Beratung der von allen Seiten angeforderten Wahlrechtsvorlage begonnen.

Obwohl alle Opposition, nur aus Mitgliedern der Regierungspartei bestehend, soll dieses 40gliedrige Komitee das Gesetz zu handeln bringen, das dem arg erstickten Lande Ruhe schaffen soll. Aber diese Männer des Wahlrechtsauschusses kennen, was die Forderung angeht, zwei Gruppen haben im Ausschusse: Politiker und Nullen. Den größten Teil bilden die Geschäftspolitiker, die ihr Wort nur dazu bringen, um sich zu bereichern und sich gut bezahlte Stellen zu ergattern. Die „Nullen“ sind meist neu gewählte, grüne Politiker, denen jede selbständige Meinung fehlt.

Ist nun die Arbeiterklasse, die bei dem vorliegenden Gegenstande in so schmählicher Weise enttäuscht wird, darüber im reinen, daß bei den Beratungen des Wahlrechtsauschusses für sie nichts Erprechtliches herauskommt, so sorgt sie, nach Recht und Pflicht gedrängt, um so mehr dafür, daß die Regierung für den bevorstehenden Generalfreist

im ganzen Lande nicht nachläßt. Die industriellen Arbeiter sind bereits für die kommenden Monate mobilisiert, Fabrik- und Bergbauarbeiter, Bau- und Bergbauarbeiter, sowie öffentliche Wasserversorgungsarbeiten werden bis ins Innerliche abgefaßt, und der Maschinenfreist wird in diesen Versammlungen bis ins einzelne und genaueste vorbereitet.

Auch die landwirtschaftlichen Arbeiter sind ganz Feuer und Flamme für den Maschinenfreist. Wenn auch die Staatliche die angemeldeten Versammlungen mit der Tagesordnung: Der Maschinenfreist wehrt, lassen sich die besorgten Bauern doch nicht abhalten, in aller Stille für den letzten Kampf des Proletariats zu wirken. Wohl ermahnen die Gewandamen auch diese geheimen Beratungen der landwirtschaftlichen Arbeiter, aber dies treibt dieselben nur noch zu größerem Eifer an.

Und auch unter der Erde ruuert es: die Bergarbeiter Ungarns, 80.000 an der Zahl, die durch das veraltete Bergbau- und Bergbauarbeiterrecht ausgeschlossen sind, stehen auf der Seite ihrer industriellen Brüder. Es ist mehr als gewiß, daß bei Ausbruch des Maschinenfreists diese schwarzen Massen ihren Herren den Gehorham verweigern.

Der Parteivorstand steht auf der Höhe seiner Aufgabe. In allen Ecken des Landes, selbst dort, wo noch nie das Wort „Sozialismus“ ausgesprochen wurde, finden politische Versammlungen statt, in welchen die Wahlrechtsvorlage des

proben wird. In diesen Versammlungen werden die Massen für den Streik gewonnen. Sehr wirksam für die Agitation sind die Millionen von dem Parteivorstand herausgegebenen Flugschriften, die in allen Sprachen des Landes erscheinen. Solcher Flugschriften wurden verbreitet 1 Million unter den industriellen Arbeitern in deutscher und ungarischer Sprache, 1 Million unter der Landbevölkerung in ungarischer und deutscher Sprache, 1 Million unter den Bergarbeitern in ungarischer, deutscher, slawischer und rumänischer Sprache und 1/2 Million unter den Soldaten. Die Proletarier im „Waffenrod“, in ungarischer und deutscher Sprache, die Verteilung wurde von dem Staatsanwaltschaft konfiszieren, die Verteilung war aber schon erfolgt, und das Subapeter Korpskommando hat sich gezwungen, in einem Tagesbefehl die Soldaten bei strengster Strafe vor der Annahme und dem Lesen der Flugblätter zu warnen.

Sind so die Vorbereitungen der Arbeiterpartei zum Generalfreist so gut wie abgeschlossen, so hat es auch die Regierung nicht an Versuchen fehlen lassen, den Streik zu verhindern oder wenigstens zu parieren. Die Behörden sind durch amtliche Rundschreiben aufgefordert worden, die Arbeiterbewegung und den Versammlungen größte Aufmerksamkeit zu schenken. In den nationalitätlichen Gebieten werden die Versammlungen rundweg verboten. Die Fachvereine, Nationalvereine und Ortsgruppen werden von Polizei und Gendarmen aus eifrig überwacht. Hoffnungen an bekannte Parteigenossen werden erst nach Verabsichtigung der Wahlrechtsvorlage erscheinen, damit sofort nach der Zustellung bewaffnete Mächte erscheinen, und Flugblätter, Plakate usw. gleichwohl als konfiszieren sind oder nicht, beschlagnahmen kann. Die Führer der Bewegungen in den kleinen Provinzstädten werden zu den Behörden gittet und sollen ausfragen über den Beginn des Streiks, die Pläne der Partei und auch darüber, wieviel Arbeiter bei dem Generalfreist mitmachen werden.

Durch die vertraulichen Rundschreiben der Regierung sind überdies die Behörden noch aufgefordert worden, bei Ausbruch des Streiks selbst mit den äußersten Mitteln einzuschreiten, um Ruhe und Ordnung „in jeden Kreis“ aufrecht zu erhalten. Wer weiß, was sich die ungarischen Behörden schon in normalen Zeiten gegen das Volk herausnehmen, der kann sich denken, was solche Erlasse in der gegenwärtigen Zeit bedeuten.

In der Hauptstadt und in großen Industriezentren wurde den Soldaten verboten, Schandverrichtungen zu besuchen, in denen Arbeitervereine tagen oder Arbeiter verkehren. In der Hauptstadt wurde das seit unbestimmt langer Zeiten dort liegende Gendarmeregiment Nr. 82 verlegt und ein serbisches Regiment in Budapest einquartiert. Das Subapeter Regiment ist nach dem flachen Lande verlegt worden. Es ist das alte Regimentsstabs der Gendarmen: in Wöden (schien Deutsche Soldaten auf böhmische Arbeiter, und in deutschen Gebiete werden ungarische Soldaten auf deutsche Arbeiter gesetzt. Zum sollen serbische Soldaten auf die ungarische Arbeiterschaft losgelassen werden.

All diese Vorkehrungen und Maßnahmen der Regierung sind natürlich nicht imstande, die Arbeiter von ihrem Vorhaben abzubringen. Andererseits versucht die Regierung wieder, die Sozialdemokratie „im guten“ zur Aufgabe ihrer Pläne zu veranlassen. Es wird gefürchtet, daß die Regierung die Beschränkung des Wahlrechts durch die „nationalen“ Teile des Wahlrechtsauschusses werde große Begünstigungen für die industrielle Arbeiterschaft beantragen, und die Regierung beschließt, diesen Vorhaben zu entsprechen. Es gibt auch in der Arbeiterpartei Kreise, die allen Entschlossen glauben, daß sich die Regierung durch den Jüngling der Dinge konsequenzen abringen lassen werde. Indessen, wie die Dinge auslaufen, die Arbeiterpartei ist unter allen Umständen gerüstet. Die sozialdemokratische Partei wird kein Maßgesetz ruhig hinnehmen, das die gesamten landwirtschaftlichen Arbeiter von der Wahlurne fernhält. Das ungarische Proletariat wird seine Pflicht erfüllen und sich der internationalen Arbeiterbewegung würdig zeigen.

Politische Uebersicht.

Halle (Saale), den 11. Februar 1913.

Am die Klassenjustiz.

Reichstagsbesuch.

Auch in der Montag-Sitzung, dem zweiten Tag der Beratung des Justizetat, spielt die Frage der Klassenjustiz entscheidend mit. Die Redner der bürgerlichen Parteien befolgen die übliche Kattik, zwar im einzelnen die Mißstände auszuheben, die hier beobachtet worden sind, den Widerspruch, daß alle gemeint, leugnen zu wollen. An sich könnte schon die Tatsache, daß gerade dieses Thema die Debatte befeuern sollte, ein Beweis sein für die Erstarrung der Klassenjustiz, wenn es nach der maßlosen und unerschöpflichen Forderungen, deren Zahl sich gar nicht erschöpfen läßt, noch eines solchen Beweis bedürfte.

Der Reichsminister Dr. Wolff begann damit, daß er den Vorwurf der Rechtsverletzung zurückwies, und am Schluß der Sitzung sagte der Zentrumler Wolf dazu, daß es, indem es seine Antwort noch mit einigen Worten beschwerte, deren Kerninhalt allerdings nicht die unendliche Weisheit hat. Der sozialistische Redner wandte sich im übrigen gegen die tollkühnigen Entschlüsse, auf die Entzerrungen ins Verzeichnis, eine Kollage, auf die die Klassenjustiz mit formale

Vertical text on the left margin containing various names and dates.



...wird der Aufsicht aus dem Militärverein  
...wird der Aufsicht aus dem Militärverein  
...wird der Aufsicht aus dem Militärverein

...als es im Begriffe war, sich zu  
...als es im Begriffe war, sich zu  
...als es im Begriffe war, sich zu

...auf 56 Wochen erhöht werden. Beseitigung  
...auf 56 Wochen erhöht werden. Beseitigung  
...auf 56 Wochen erhöht werden. Beseitigung

### Verbandstag der Zimmerer.

k. r. Berlin, den 7. Februar 1913.

Fünfter Verhandlungstag.

Die Sitzung beginnt mit Beratung der zum Statut gestellten  
Die Sitzung beginnt mit Beratung der zum Statut gestellten  
Die Sitzung beginnt mit Beratung der zum Statut gestellten

Der 7. des Statuts wird ein Sitz angelegt, der die Mitglieder  
Der 7. des Statuts wird ein Sitz angelegt, der die Mitglieder  
Der 7. des Statuts wird ein Sitz angelegt, der die Mitglieder

Der 8. des Statuts, der von der Unterstufung der Gewerbetreibenden  
Der 8. des Statuts, der von der Unterstufung der Gewerbetreibenden  
Der 8. des Statuts, der von der Unterstufung der Gewerbetreibenden

Eine längere Auseinandersetzung ergabte der Antrag, die  
Eine längere Auseinandersetzung ergabte der Antrag, die  
Eine längere Auseinandersetzung ergabte der Antrag, die

Abgelehnt wurde, den Namen des Verbandes zu ändern und  
Abgelehnt wurde, den Namen des Verbandes zu ändern und  
Abgelehnt wurde, den Namen des Verbandes zu ändern und

k. r. Berlin, den 8. Februar 1913.

Sechster Verhandlungstag.

Bei Beratung der allgemeinen Urträge wird beschlossen, daß ein  
Bei Beratung der allgemeinen Urträge wird beschlossen, daß ein  
Bei Beratung der allgemeinen Urträge wird beschlossen, daß ein

Der Antrag wird einmütig angenommen, der besagt, daß die  
Der Antrag wird einmütig angenommen, der besagt, daß die  
Der Antrag wird einmütig angenommen, der besagt, daß die

Die Unterstufung der Arbeitstämpfer wird in allen  
Die Unterstufung der Arbeitstämpfer wird in allen  
Die Unterstufung der Arbeitstämpfer wird in allen

Die Unterstufung der Arbeitstämpfer wird in allen  
Die Unterstufung der Arbeitstämpfer wird in allen  
Die Unterstufung der Arbeitstämpfer wird in allen

### Österreich-Ungarn.

Reue Steuererlässe für das Kaiser. Der Finanzminister brachte  
Reue Steuererlässe für das Kaiser. Der Finanzminister brachte  
Reue Steuererlässe für das Kaiser. Der Finanzminister brachte

### England.

Zur Regelung der Luftschiffahrt hat die Regierung eine Bill  
Zur Regelung der Luftschiffahrt hat die Regierung eine Bill  
Zur Regelung der Luftschiffahrt hat die Regierung eine Bill

### Mexiko.

Die Militärevolution hat mit einem Siege der Rebellen  
Die Militärevolution hat mit einem Siege der Rebellen  
Die Militärevolution hat mit einem Siege der Rebellen

Reue Steuererlässe für das Kaiser. Der Finanzminister brachte  
Reue Steuererlässe für das Kaiser. Der Finanzminister brachte  
Reue Steuererlässe für das Kaiser. Der Finanzminister brachte

Reue Steuererlässe für das Kaiser. Der Finanzminister brachte  
Reue Steuererlässe für das Kaiser. Der Finanzminister brachte  
Reue Steuererlässe für das Kaiser. Der Finanzminister brachte

Reue Steuererlässe für das Kaiser. Der Finanzminister brachte  
Reue Steuererlässe für das Kaiser. Der Finanzminister brachte  
Reue Steuererlässe für das Kaiser. Der Finanzminister brachte

### Japan.

Parlamentarische Opposition und Volk gegen die Regierung. Nach  
Parlamentarische Opposition und Volk gegen die Regierung. Nach  
Parlamentarische Opposition und Volk gegen die Regierung. Nach

Die Höhe der täglichen Unterstufung richtet sich nach der in  
Die Höhe der täglichen Unterstufung richtet sich nach der in  
Die Höhe der täglichen Unterstufung richtet sich nach der in

Zur Aufrechterhaltung wird folgender Maßstab  
Zur Aufrechterhaltung wird folgender Maßstab  
Zur Aufrechterhaltung wird folgender Maßstab

Der Bericht über die Kommission, die zur Beratung der  
Der Bericht über die Kommission, die zur Beratung der  
Der Bericht über die Kommission, die zur Beratung der

Die Unterstufung der Familien verheirateter  
Die Unterstufung der Familien verheirateter  
Die Unterstufung der Familien verheirateter

Die Unterstufung der Familien verheirateter  
Die Unterstufung der Familien verheirateter  
Die Unterstufung der Familien verheirateter

Die Unterstufung der Familien verheirateter  
Die Unterstufung der Familien verheirateter  
Die Unterstufung der Familien verheirateter

Die Unterstufung der Familien verheirateter  
Die Unterstufung der Familien verheirateter  
Die Unterstufung der Familien verheirateter

Die Unterstufung der Familien verheirateter  
Die Unterstufung der Familien verheirateter  
Die Unterstufung der Familien verheirateter

Die Unterstufung der Familien verheirateter  
Die Unterstufung der Familien verheirateter  
Die Unterstufung der Familien verheirateter

Die Unterstufung der Familien verheirateter  
Die Unterstufung der Familien verheirateter  
Die Unterstufung der Familien verheirateter

Die Unterstufung der Familien verheirateter  
Die Unterstufung der Familien verheirateter  
Die Unterstufung der Familien verheirateter

Die Unterstufung der Familien verheirateter  
Die Unterstufung der Familien verheirateter  
Die Unterstufung der Familien verheirateter

Die Unterstufung der Familien verheirateter  
Die Unterstufung der Familien verheirateter  
Die Unterstufung der Familien verheirateter

Die Unterstufung der Familien verheirateter  
Die Unterstufung der Familien verheirateter  
Die Unterstufung der Familien verheirateter

Die Unterstufung der Familien verheirateter  
Die Unterstufung der Familien verheirateter  
Die Unterstufung der Familien verheirateter

Advertisement for '7 Ausnahmestage!' (7 Exceptional Days!) featuring 'J. M. J.' and 'Halle (Saale), Marktplatz 2 und 3'. Includes text about a Thursday starting on Feb 13th and various offers.

**Drei Vorzüge**

**der Mandelmilch-Pflanzenbutter**

# SANELLA

(vegetabile Margarine)

**Erproble Haltbarkeit!**

**Unerreicht in Qualität!**

**Sparsam im Verbrauch!**

Verlangen Sie diese Marke ausdrücklich bei Ihrem Lieferanten.

Nur echt mit dem Namenszug des Erfinders  
Geh. Medizinalrat Prof. Dr. Oskar Liebreich.

Sanella kostet per 1/2 Pfund 45 Pfg.

**Nachahmungen welse man zurück!**

Alleinige Produzenten: Sana-Gesellschaft m. b. H., Cleve.  
Fabrikniederlage: Halle, Prinzenstr. 18.      **Telephon 863.**

Die Broschüre: „**Was jede Hausfrau wissen sollte!**“ gratis in jeder Verkaufsstelle.

**Sanella ist in folgenden Geschäften stets frisch zu haben:**

Ansin, Albert, Kleine Ulrichstr.  
Barth, Ludwig, Leipzigerstr.  
Bartels, Carl, Ludwig Wuchererstr.  
Baumgärtel, Franz, Lessingstr.  
Beau, A., Advokatenweg.  
Becker, M., Zietenstr.  
Beerholdt, Fr., Bechershof.  
Berger, Max, Körnerstr.  
Bernstein, M., Röpzigstr.  
Biermann, R., Harz.  
Bian, Erich, Delitzscherstr.  
Blümel, F., Friesenstr.  
Boas, Frz., Meckelstr.  
Bode, Wilhelm, Dorotheenstr.  
Borgis, Bernh., Domplatz.  
Bormann, Clara, Rudolf Haymstr.  
Bothe, Hermann, Prinzenstr.  
Börsch, Franz, Marthastr.  
Böttger, Eilfriede, Merseburgerstr.  
Brandt, Gustav, Hardenbergstr.  
Bräse, Clara, Hafenstr.  
Brenner, Chr., Gr. Brunnenstr.  
Burkhardt, M., Mansfelderstr.  
Busch, F., Landsbergerstr.  
Clausius, R., Richard Wagnerstr. 16.  
Conrad, Carl, jun., Merseburgerstr.  
Cramme, K., Wolfstr.  
Dittmar, Fr., Lauchstädterstr.  
Doller, H., Leipzigerstr.  
Drescher, Paul, Wegscheiderstr.  
Dudenbostel, W., Breitestr.  
Ebert, L., Schmiedstr.  
Effenberger, F., Hirtenstr.  
Eilert, F., Bernhardstr.  
Eiacke, P., Strelberstr.  
Eisermann, C., Glauchaerstr.  
Eitner, H., Liebenauerstr.  
Fischer, Joh., Gr. Gosenstr.  
Franke, Lina, Krukenbergstr.  
Friedrich, G., Barth Nachl., Trothaerstr.  
Fritz, Ph., Turmstr.  
Geartner, Otto, Magdeburgerstr.  
Gebhardt, F. F. O., Steinweg.  
Glass, Otto, Herrenstr.  
Gorgas, Paul, Lessingstr.  
Gödecke, H., Lauchstädterstr.  
Grimm, Alb., Nachfl., Steg.  
Grosse, Karl, Wielandstr.

Gröbe, Lina, Lerchenfeldstr.  
Gräbner, Conrad, Breitestr.  
Grüncke, Auguste, Hardenbergstr.  
Güstel, Carl, Gr. Steinstr.  
Hahn, F., Fielscherstr.  
Hanschke, Carl, Gr. Brauhausstr.  
Haring, K., Zwingerstr.  
Harnisch, Emil, Hardenbergstr.  
Häder, Hugo, Hallmarkt.  
Hädicke, W., Goethestr.  
Hecht, Paul, Bernhardstr.  
Heinemann, Paul, Angerweg.  
Heinrich, Bertha, Augustastr.  
Heimrich, Emil, Martinstr.  
Heller, O., Nachl., Steinweg.  
Hellriegel, Carl, Humboldtstr.  
Hering, W., Ludwig Wuchererstr.  
Hesselbarth, Marie, Röpzigstr.  
Hinsche, Wilh., Reilstr.  
Hirsch, Gustav, Seydlitzstr.  
Hoffmann, Fr., Bernhardstr.  
Hoffmann, Otto, Röpzigstr.  
Hohmann, R., Wielandstr.  
Hoppe, Otto, Viktor Scheffelstr.  
Hoyer, Fr., Merseburgerstr.  
Hörig, R., Rudolf Haymstr.  
Hummel, Robert, Triftstr.  
Huske, Robert, Wittstr.  
Hübner, Henriette, Volkmannstr.  
John, Otto, Thomasiusstr.  
Kegel, Jul., Steinweg.  
Keil, Otto, Harz 2.  
Kern, O., Humboldtstr.  
Kleine Markthalle, Steinstr.  
Kloppe, Jul., Jacobstr.  
Klostermann, A., Flottwellstr.  
Knoche, Oscar, Rob. Franzstr. 7.  
Knoll, Franz, Schönitzstr.  
Kohlbach, Alb., Liebenauerstr.  
Koppermann, Carl, Volkmannstr.  
Krietzsch, W., Bernburgerstr.  
Lailach, Bernhard, Schwetschestr.  
Le Clerc, Ludwig, Pfälzerstr.  
Le Clerc, Viktor, Wolfstr.  
Lehmann, Friedr., Wörmiltzerstr. 11.  
Lehnardt, G., Strelberstr.  
Leissing, Alb., Albert Schmidtstr.  
Liebenawirth, M., Königstr. 61.

Linke, Ferd., Glauchaerstr.  
Linke, Traugott, Neumarktstr.  
Lorenz, Albert, Wörmiltzerstr. 5.  
März, Emil, Friesenstr.  
Matthes, Otilie, Bernhardstr.  
Mehrestedt, H., Glauchaerstr.  
Melling, Anna, Pfännerhöhe.  
Metlin, Carl, Raffinerhöhe.  
Metzner, F., Am Kirchtor.  
Meyer, K., Liebenauerstr.  
Mierisch, Olga, Geilstr.  
Moritz, Otto, Advokatenweg.  
Mösch, Fr., Ludwigstr.  
Mövlus, F., Pfännerhöhe.  
Müller, Adolph, Viktoriaplatz.  
Müller, Bruno, Augustastr.  
Müller, Jos., Kl. Ulrichstr.  
Müller, Richard, Halberstädterstr.  
Müller, Wilhelmine, Karlstr.  
Nauendorf, August, Reilstr.  
Naumann, A., Ww., Neumarktstr.  
Naumann, G., Schillerstr.  
Nagel, Ernst, Triftstr.  
Niedholz, Franz, Manfelderstr.  
Nilius, Wilh., Dessauerstr.  
Noak, Otto, Gr. Steinstr.  
Noite, Hermann, Merseburgerstr.  
Nordmann, Chr., Harz.  
Patzer, G., Dessauerstr.  
Pfeiffer, Otto, Königstr.  
Pletsch, P., Merseburgerstr.  
Pohl, Robert, Halberstädterstr.  
Pohle, Auguste, Bruckdorferstr.  
Rau, Gebr., Geilstr.  
Röhling, W., Sophienstr.  
Rössler, W. Nachl., Friesenstr.  
Rosenstock, Otto, Merseburgerstr.  
Reinhardt, Alb., Rosenstr.  
Rudloff, Franz, Söpnischestr.  
Rudolph, Fr., Ankerstr.  
Runkel, Paul, Geilstr.  
Rust, Robert, Friedrichplatz.  
Schaaf, Otto, Wörmiltzerstr.  
Schaaf, W., Bernhardstr.  
Schade, Conrad, Merseburgerstr.  
Schade, Fr., Brunnenstr.  
Schade, H., Merseburgerstr.  
Schaffernicht, Fr., Volkmannstr.

Schiller, Joh., Wörmiltzerstr.  
Schlegel, Curt, Wettinerstr. 34.  
Schlegel, E., Zwingerstr.  
Schmell, August, Burgstr.  
Schmidt, Bertha, Jacobstr.  
Schmidt, Fr., Trothaerstr. 36.  
Schöbe, A., Liebenauerstr.  
Schöne, Alb., Böllbergerweg 9.  
Schroeder, Clara, Landsbergerstr.  
Schübel, Fr., Goethestr.  
Schubert, F. Nachl., Trothaerstr. 75.  
Schumann, Franz, Friedrichstr.  
Schwalenberg, Wilh., Merseburgerstr.  
Selig, Emma, Torstr.  
Sonntag, Paul, Breitestr.  
Sonntag, Walter, Humboldtstr.  
Sorg, Ed., Hermannstr.  
Stahl, Ed., Adolstr.  
Stebane, Marie, Königstr.  
Steinbach, G., Magdeburgerstr.  
Stielicke, W., Dryanderstr.  
Strenzsch, Eilise, Köhler- und Steinmannstr.  
Streuber, A., Thomasiusstr.  
Stross, O., Friesenstr.  
Stüwe, Carl, Rannischestr.  
Tempel, Gustav, Dessauerstr.  
Thiele, G., Fielscherstr.  
Thieme, Otto, Manfelderstr.  
Thomas, Carl, Torstr.  
Uhde, Hermann, Dessauerstr.  
Vondran, M., Dryanderstr.  
Völtzke, Anna, Reilstr.  
Wacker, Auguste, Kl. Brauhausstr.  
Wackernagel, Ad., Humboldtstr.  
Wagner, Fr., Landsbergerstr.  
Weidenfeld, A., Geilstr. 33.  
Weise, Albert, Gernarstr.  
Weise, Oswald, Sophienstr.  
Wernecke, A., Bernhardstr.  
Wersick, Aug., Kellnerstr.  
Wohlsdorf, Herm., Lauchstädterstr.  
Würgbar, Clara, Prinzenstr.  
Zahn, Marie, Kuhgasse.  
Ziegenspeck, Ph., Geilstr.  
Ziegler, Martha, Steinstr.  
Zieschang, Max, Niemeyerstr.

Ammdorf: Schurig, Gustav.  
Bobenthal: Bernsdorf, Otto.  
Niedelben: Bähle, Wilhelm;

Canana: Baumeyer, Otto.  
Halle: Reichmuth, J.  
Niedelben: Liebzig, Rich.;  
Wannelben: Lorenz, Robert;

Cröllwitz: Bachram, Karl;  
Lauchstädt: Grütznor, Const.  
Schafstädt: Schimpf, Reinh.;  
Wannelben: Müller, Clara.

Herrmann, Joh.  
Lötzm: Zabel, Fr.  
Voigt, Carl.  
Eisdorf: Straube, Wilh.  
Lieskau: Rendel, C.  
Trotha: Brandt, Otto.



Wichtigste und gewaltigste Elemente, und wenn diese fehlen, die sie freilich für die größten Ausprägungen auszubilden zusammen fassen läßt, dann ist der Reiz der Gegenwart kein Reiz mehr, was sollen dann die Fäden bei uns in Deutschland einziehen. (Sehr richtig!)

Golde Worte! geben uns das Recht zu sagen, daß Richter und Staatsanwälte nicht immer — mehr sagen wir nicht — ihr Material bei Ausübung ihres Berufes auszubilden zusammen fassen läßt, dann ist der Reiz der Gegenwart kein Reiz mehr, was sollen dann die Fäden bei uns in Deutschland einziehen. (Sehr richtig!)

Die Richter werden unerbittliche Urteile gefaßt; aber alle Klagen werden auch nicht verschwinden, wenn die „weltfremden“ Richter ersetzt würden durch ihre berufenen und unerfahrenen Kritiker. Unser Richterstand ist zu gesund, als daß ihm eine solche Kritik schaden könnte. Redner zeigt eine Meilheit des Geistes über die Gesellschaften m. B. d. an, um schwebelhaften Unternehmungen das Handwerk zu legen.

Sitzung beginnt das Haus der Weiterberatung am Dienstag 1 Uhr. (Vorher kurze Anfragen und namentliche Bestimmungen.)

Schluß 6 1/2 Uhr.

## Gewerkschaftliches

### Der Boykott vor dem Schwurgericht.

Der im Sommer vorigen Jahres über eine Anzahl Stuttgarter Freilegegeschäfte verhängte Boykott fand am Sonnabend ein Nachspiel vor dem Schwurgericht in Stuttgart a. l. Die Richter-Präsidenten G. Müller, Dr. v. B. und Dr. v. B. erörtern die Daraus folgende Ausfall an Einkünften und die bestehenden niedrigen Löhne führten zu Lohnforderungen der Beschäftigten. Nach ergebnislos verlaufenen Verhandlungen zwischen den beiderseitigen Dramatisten schlossen die Beschäftigten Sonderverträge mit einzelnen unternehmenden Freilegegebern. Diese Sonderverträge gaben dann durch ausschlagende Klatsche bekannt, daß sie bemittelt hatten, und gleichzeitig erließen in der Schwabinger Tagwacht ein Artikel, der die Arbeiter aufrief, die widerrechtlichen Freilegegeister streng zu meiden. Wörtlich hieß es darin:

„Ein Arbeiter betrete ein Freilegegeschäft, das sich nicht durch ein Plakat ausweisen kann. Der entgegen der Beschäftigten handelt, wird zum Verräter an der Arbeiterklasse.“ Hierin erklärte der Staatsanwalt eine Ehrverletzung und Verurteilung und er strengte Klage an gegen den verantwortlichen Redakteur der Tagwacht, Genossen Seipich. Seipich hatte lediglich gemäß den Beschlüssen der vereinigten Gewerkschaften Stuttgart und des Freilegegebietsverbandes gehandelt. Die Freilegegeister, die an dem Gewerkschaftsleiter Haarer und den Vorsitzenden der Freilegegebietsvereinigungen wegen Verurteilung verfolgt wurden. Der Staatsanwalt lehnte aber die Einleitung des Strafverfahrens gegen diese beiden Uebelthäter ab. Doch auch mit ihrem Verfahren gegen Seipich hätte die Staatsanwaltschaft bei den Geschworenen die nach dem vorliegenden Sachverhalt die Freilegegeister nicht entschuldigen können. Obgleich der Staatsanwalt den Vorsitzenden der Freilegegebietsvereinigungen zitierte, obgleich er eine gebarnichte Anklage hielt und in den Worten „Verräter an der Arbeiterklasse“ eine furchtbare Beleidigung und die Ausübung eines rechtswidrigen Zwanges gegen diejenigen erklärte, die sich dem Boykott nicht anschließen wollten, verurteilte ihn die Geschworenen zum Gefängnis. Sie meinten die Schuldfrage, worauf den Bericht nur die Freisprechung des Angeklagten übrig blieb.

**Wohnbewegung in Berliner Schnebergewerbe.**  
In der Herrenkonfession haben in der vergangenen Woche Tarifverhandlungen und der Vertreter der Unternehmerverbände und der Arbeiterverbände stattgefunden, die jedoch zu keinem Ziele führten. Die von den Arbeitern eingetragene Tarifvorlage, die im wesentlichen eine Lohnerhöhung von 10 Proz. verlangte, wurde von den Unternehmern glatt abgelehnt. Die Arbeiter verlangten die Lohnerhöhung unter seinen Umständen gemehrt werden könne. Am Sonntag beschloß die Kommission mit dem Verlaufe dieser Tarifverhandlungen. Die Verammlung beschloß einstimmig, unter keinen Umständen einen Tarif zu unterschreiben, der keine wesentliche Verbesserung der Löhne enthält. Die Verhandlungen sind zwar noch nicht endgültig geschlossen. Die Unternehmer haben den Vorschlag gemacht, am Donnerstag dieser Woche noch einmal zu verhandeln, wozu die Arbeitervertreter ihre Bereitwilligkeit erklärten.

In der Damenkonfession wird der Kleintiergehalt. Die Berliner Tierverwaltung schlägt mit einzelnen Zwischenbestimmungen, die die Zwischenbestimmungen, die seiner Zeit einen Tarifvertrag durchaus freundlich gegenüberstehen, werden nun Farbe bekennen müssen, ob sie wirklich zum Abschluß von Taktiken bereit sind. Die Zwischenmeister haben sich seit einiger Zeit mit prozentualen Lohnzulagen einverstanden erklärt, nicht aber halten dieses Verbot. Deshalb ist die Tarifkommission, die die Zwischenmeister selbst aber verstanden, in den Genus der prozentualen Lohnzulagen zu kommen durch Erhöhung der Preise. Dem Beginn der Arbeiter aber, Einzelstarke abzuwickeln, treten sie jetzt entgegen. Sie ermahnen ihre Mitglieder, nicht ohne vorherige Verhandlung mit dem neuen Tarifkommissionen Beträge zu unterschreiben. So ist auch in der Damenkonfession wieder einiger Konfliktstoff angeklammert.

Dresden, 11. Febr. Die Tarifverhandlungen im deutschen Schnebergewerbe haben gestern unter dem Vorsitz eines unparteiischen Stakkosiums ihren Anfang genommen und werden voraussichtlich erst Ende nächster Woche abgeschlossen sein.

## Briefkasten der Redaktion

Inferate, Abonnements-Bestellungen sowie alle anderen geschäftlichen Angelegenheiten sind nicht an die Redaktion, sondern nur an die Expedition des Volksblattes zu richten. Beschlüssen von Zuschriften sind der hiesigen Genossenschafts-Kasse zu übersenden.

§ 90. Was für Ihr Einkommen um mehr wie ein Fünftel vermindert hat was bei Ihnen wohl der Fall ist — können Sie auch im Laufe des Steuerjahres Herabsetzung der Steuer verlangen. — Ein Mietvertrag, der nur 230 M. Mietzins vorsieht, ist nicht stempelsteuerpflichtig und natürlich auch ohne die Stempelsteuer zu zahlen.

§ 91. Da Sie zur mündlichen Verhandlung vor dem Amtsgericht nicht erschienen sind, läßt sich nicht sagen einwenden, daß gegen Sie Verurteilungsurteil erlassen wurde. Wegen dasselbe können Sie innerhalb acht Tagen (nach Zustellung) Einspruch erheben. Die neue Verhandlung findet wieder vor dem zuständigen Gericht statt.

§ 92. Als Abmüßern Sie die Zeitung bei der Post, wo Sie das Nähere erfahren. Die Umfragen (Zeitungen) in den Berufsvereinigungen richten sich nach verschiedenen Umständen, vor allem nach der Höhe der ausgeübten Arbeitslöhne. Auf 1000 M. Löhne entfallen etwa 4 bis 10 M. Umfragen.

§ 93. Die Besondere können Sie bei demselben Betriebsrat einlegen. Wir befürchten aber, daß Sie nichts ansetzen können, da die Benutzung der Klosets für öffentliche Zwecke verboten ist. Lassen Sie das auch dem Betriebsrat.

# Halle und Saalfreis.

Salle (Saale), den 11. Februar 1913.

## Auf zur Jugendversammlung!

Morgen, Mittwoch, den 12. Februar, findet im großen Saale des Volksrates eine große öffentliche Jugendversammlung statt. Jugendsekretär Max Peters-Berlin spricht über das aktuelle Thema: Der Kampf um die Jugend! Lehrende, jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen, Eltern und Freunde der Jugend, sorgt für gütigen Besuch.

## Aus der Stadtverordnetenversammlung.

Der getriggen Sitzung war ein ausführliches Schreiben des Stadtdirektors an den Vorsitzenden Prof. Schmitz-Rimpler zu gegangen, worin er mittelst, daß er wegen seines Frankreichs-aufenthaltes seine Tätigkeit nicht weiter aufnehmen könne. Er lege deshalb sein Amt als Vorsteher nieder. Der Stellvertreter, Herr Böhring, teilte mit, daß er verjagt habe, Herrn Schmitz-Rimpler dazu zu überreden, daß er mit seinem Verzicht noch einige Zeit warte. Herr Schmitz-Rimpler habe das jedoch ablehnen müssen und so widmete ihm der Stadtdirektor, Herr Böhring, einen Nachruf für seine Tätigkeit als Stadtverordneter und Vorsteher. Es lag eine Petition des Verbandes der Hausangestellten vor, den Unterricht der städtischen Haushaltungsschule auch den jungen Diensthilfen zur Pflicht zu machen und diesen Besuch unentgeltlich zu machen. Die Petition wurde dem Petitionsausschuß zur Vorbereitung überwiesen. — Eine elige Petition der Bürgervereine wendet sich gegen die Verbauung des Jüdischen Gartens an der Ecke der Liebenauer- und Reifener Straße, wo ein arges Verkehrs-hindernis entstehen würde, wenn der dort vorbereitete Bau wirklich errichtet würde. Die Petition ging als Eilfache an den Bauausschuß. — Außer einigen anderen unrichtigen Petitionen war dann noch ein Antrag, von 16 Stadtverordneten unterschrieben, eingegangen, der eine Erhöhung der Magistrats-Gehälter verlangt. Der Oberbürgermeister soll eine persönliche Zulage von 3000 Mark, also jährlich 18 000 Mark Gehalt und 3000 M. Repräsentationsgelder erhalten, der Bürgermeister 2000 M. persönliche Zulage, also 14 000 M. Gehalt; die Stadtbauräte sollen ein Entgelt von 11 000 M. (statt bisher 10 000 M.), die Stadträte ein Entgelt von 10 000 M. (statt bisher 9 000 M.) erhalten. Die Zulagen sind auf sechsmal 800 M. von drei zu drei Jahren und eine Zulage von 400 M. bemessen. Der Antrag wurde dem Etatsausschuß zur Vorbereitung überwiesen, damit diese heikle Sache nicht in der öffentlichen Sitzung zu viel Aufsehen macht.

Die Etatsberatung, die nun beim Kapitel Grundigentum fortgesetzt wurde, brachte eine interessante Auseinandersetzung über den Zoologischen Garten. Stadt. Steinbüchel stellte als Referent mit, daß in den Jahren für ein Volkswirtschaftliches Aufsehen für die Verbesserung der Treppen und kleine Reparaturen am Hundeweg und Seelöwen-Platz eingeleitet seien. Außerdem sei zur Kenntnisnahme das durch die Zeitungen schon besprochene Projekt des völligen Umbaus der Einrichtungen des Zoologischen Gartens vorgelegt worden. Die Arbeiten würden in zehn Jahren zusammen 270 000 Mark kosten. Eine Abstimmung über dieses Generalprojekt sei noch nicht nötig; es müßten nur die kleinen Veränderungen für das kommende Jahr bewilligt werden. Stadt. Schiele schlug zu aller Erstaunen vor, den ganzen Zoologischen Garten eingehen zu lassen und den Hügel in einen Naturpark zu verwandeln oder ihn nach und nach bebauen zu lassen. Der Garten habe uns genug geliefert und die Hoffnungen, die man auf seine Entwicklung gesetzt, hätten sich nicht erfüllt. Er ermahnte, die neuen Ausgaben abzulehnen.

Bürgermeister v. Solth erklärte, daß diesem Vorschlag nicht im entferntesten zugestimmt werden könne. Der Garten sei eine Zierde der Stadt, ein Anziehungspunkt für Fremde, ein Bildungsmittel für unsere Jugend und auch die Einkommensquelle der Stadt. Er müsse immer noch gehen. (Bravo!)

Stadt. Springe sprach nach der Ansicht, daß schon genug Aufsehen geleistet sei.

Stadt. Gumpel schloß sich demgegenüber den Worten des Bürgermeisters an. Er sprach wärmstens für die Erhaltung und den Ausbau des Gartens und seiner Einrichtungen, forderte aber, daß baldigst die Uebernahme der Verwaltung in städtische Regie erfolge, da doch der ideale Zweck besser verwirklicht werden könnte. — Demner meinte dann zum Etat des Grundigentums, daß die für die Kröllwitzer Wälder etwa 100 000 Mark aufzubringenden Gelder für die fast alljährliche Erneuerung oder Reparatur des Belags doch endlich zu dem Plan führen müßten, die Brücke einmal in anderer Form zu erneuern. Ihre Verbreiterung sei wegen des gesteigerten Verkehrs schon lange nötig.

Stadt. Herzfeld sprach ausführlich für den Ausbau des Zoologischen Gartens. Ihn nur der Geldersparnis halber eingehen zu lassen würde ungefähr daselbe sein, als wenn wir den roten Turm niederreißen lassen, weil er uns jährlich Tausende an Unterhaltungskosten verursacht.

Stadt. K. K. sprach nach gegen die neuen Ausgaben, während Bürgermeister v. Solth und Stadtrat Köhler sie verteidigten; dann wurde der Etat mit den vorgeschlagenen Ausgaben für den Zoologischen Garten genehmigt.

Die nun folgende Beratung des Etats der Volksschulen gab unseren Genossen Gelegenheit, an den heutigen Schulverhältnis die nötige Kritik zu üben, was eine längere Debatte heraufbeschwor, die den Bildungsfragen hinsichtlich unangenehm war.

Stadt. Geric stellte fest, daß trotz der Bevölkerungszunahme der Ausbau der Volksschulen sehr zu wünschen übrig lasse. So komme es denn, daß die Frequenz in den Volksschulen ungläublich viel höher sei, als in den höheren Schulen. Im Obmannjahre seien 13 bis 30, und in der Oberklasse gar nur 11 bis 30 Schüler in einer Klasse. Das gleiche Durchschnittszahlen von 22 und 24, während in der Volksschule 40 bis 60 Schüler, also durchschnittlich 50 in einer Klasse seien. Dadurch käme sehr schlechtes Erziehungsergebnis zustande, was das Verhältnis des Jahres 1910 zum Jahre 1912 beweise. Es wurden im Jahre 1910 1189 Schüler eingeschult, deren Zahl sich bis zum 4. Jahrgang durch Zugang auf 1322 erhöhte; die erste Klasse erreichte in diesem Jahre 553. Vom Jahre 1911 wurden 1102 eingeschult, die sich in 4 Jahren auf 1301 vermehrten; in diesem Jahre erreichten aber nur 464 Kinder die erste Klasse. Das Verhältnis habe sich also sehr stark verschlechtert. Wenn solche bedenkliche Umstände eintreten, sei es höchste Zeit für eine bedeutende Herabminderung der Frequenzsaisonen zu sorgen. Er ermahnte den Magistrat, baldigst eine Vorlage über den Bau von Volksschulen vorzulegen.

Stadt. Schindler erklärte, daß selbstverständlich weitere Schulbauten nötig seien und auch schon geplante sind. Hinsichtlich der Schulverhältnisse sei der Vorsteher aber im Irrtum. Das Erziehungsergebnis sei bei 500 auf 404 in dem Vorjahr sei nur darauf zurückzuführen, daß nur ein 3. Jahrgang im Besonderen zur Entlassung kam. Bis zum Jahre 1912 wurde eingeschult, daß fünf Schüler, die bis zum 30. September des Jahres 1912

reichten, von da ab nur noch solche, die bis zum 30. Juni dieses Jahres hatten, eingeschult wurden. Diese Vierteljahrsdifferenzen gelte sich leicht.

Stadt. Osterburg ermahnte aber den Stadtdirektor vor daß die Besetzung der Volksschulklassen doch noch zu hoch ist. 257 Klassen hätten noch eine Besetzung von mehr als 50 Schülern und nur 66 Klassen haben 50 oder weniger als 50. Nur in Ströhlitz und Trotha seien die Besetzungsergebnisse günstig. Die beiden Bezirke litten aber wieder darunter, daß sie nur siebenjährige Schulen hätten. Der Ausbau zu achtsjährigen Schulen müsse umgehend erfolgen und durch eine Vermehrung der Schulen in der Altstadt muß dem ungleichen Besetzungsergebnis zwischen höheren und höheren Schulen abgeholfen werden, dann werde auch der Erfolg der Volksschule fertig werden.

Stadt. K. K. antwortete, daß in den letzten Jahren schon alles möglich ist für die Volksschulen geleistet worden. Die Besetzungsergebnisse seien übrigens in den höheren Schulen schlechter als in den Volksschulen. Mancher Vater höhere Schulen wäre froh, wenn letztere so schnell und glatt fertig würden wie die Volksschulen. Aber von den höheren Schülern erreichte ein viel kleinerer Prozentsatz die obere Klasse, wie die Volksschüler. — Das ist kein gutes Zeichen für die Intelligenz der „höheren“ Schüler.

Stadt. K. K. meinte, daß es auch ganz falsch sei, zu sagen, die starke Belegung der Klassen sei schuld an den geringen Erfolgen. Die größte Schuld hätten die Eltern, die ihre Kinder nicht richtig zum Unterricht anhielten.

Diese sehr wenig intelligenten Ausführungen fanden den vollen Beifall der Sieber unter den Stadträten.

Genosse Osterburg antwortete den Herren aber sofort treffend, daß das ja gerade eine der miserabelsten Feststellungen der Sozialdemokratie sei, daß die gezeichneten Familienverhältnisse die geistige Entwidlung der Arbeiterkinder fördern. Wenn der Vater bis spät abends arbeitet, die Mutter aber den Tag über auf Arbeit geht und schließlich die Kinder nicht nach dem dienen helfen müssen, dann ist es kein Wunder, wenn Kinder in der Schule unzufrieden sind. Die von dem rabiaten Unternehmertum getriebene Ausbeutung hat schuld an dem Schulleben. Die höheren Schüler werden beschäftigt und unterstützt und leben trotzdem massenhaft sitzen, wie Herr Redner sagt. Das kann nur an mangelnder Intelligenz liegen. In den Volksschulen haben sich die Intelligenzen trotz aller Elends immer noch durchgesetzt. Und würde man sie später auf die Hochschulen lassen, dann würde es besser um unsere Welt. Dann hätten wir weniger Studenten, die sich im Saufen und Bummeln lösen, und wir hätten auch andere Regierungsleute. Aber das ganze Herrschaftssystem wehrt sich gegen diese Verbesserung der sozialen Verhältnisse, die auch eine Gesundung der Schule bringen würde.

Nach diesen Auseinandersetzungen wurden die Hauptposten des Schuletats bewilligt und es gab nur noch Zusammenfüge um Kleingeiseln. So kostete die Beschaffung eines Klavieres für die Volksschule Liebenauer Straße eine längere Debatte, die es mit 21 gegen 10 Stimmen bewilligt wurde. — Die Beschaffung von zwei Klavieren für die Schule am Wallerstraße wurde ebenfalls mit 20 gegen 10 Stimmen bewilligt. Der Antrag wurde der Kommission der Schulrat und Stadtr. K. K. wurde der Posten gestrichen. Dann gab es nochmals eine Debatte darüber, ob der Schule an der Dresdenerstraße ein Klavier oder ein Harmonium für den Gesangsunterricht bewilligt werden soll. Die 700 M. für das Klavier wurden mit 21 gegen 20 Stimmen abgelehnt, und bei der Abstimmung über die 500 M. für das Harmonium fanden 21 gegen 11 Stimmen, so daß der Vorsteher noch erst mit feiner Stimme für das Harmonium den Ausschlag geben mußte. Der Höhepunkt dieser Kulturblamage war, daß Stadt. Springer erklärte: Ein Klavier sei zwar für Mittel- und höhere Schulen zum Unterricht nötig, aber für die Volksschulen sei es Luxus. Dieses Gehändnis einer mutigen Bürgerschaft wollen wir uns gut merken.

Einige kleine Vorlagen wurden debattiert erledigt: Die Stadtdirektorenversammlung stimmte dem zu, daß die Turnhalle am Hohenberg zur Verfügung der Volksschulen im Jahre 1913 hinfällig werden und die Turnhalle an der Restaurateur Hermann Böhrler für den Mietzins von 2000 Mark vermietet wird. Im Vorjahre wurden 1860 Mark Mietzins gezahlt. — Auf Antrag des Magistrats wurde beschlossen, daß der Gesangsunterricht der Volksschulen an dem Gebrüderweg übergeben werden solle. Die Kosten des Gebrüderweges eingeschrieben wird. Da infolge des zunehmenden Schiffsverkehrs Änderungen der Schiffe an dem Ufer des Glimmer-Spawartes immer häufiger werden, ist die Fortführung des Bortes auch nach der Schiffhalle hin zum Bedürfnis gekommen. Die Mittel in Höhe von 850 Mark wurden bewilligt. Weiter wurde beschlossen, die oberen Klassen der Volksschule an der Defauer Straße vom 1. April 1913 für die städtischen Kadetten von 40 M. resp. 35 M. pro Morgen an die Kommandogemeinschaft Gebr. Lang in Halle-Trotha verpachtet werden. Dieser wurde ein Jahrespachtzins von 36 Mark pro Morgen gezahlt. Das Gelände wird vor dem 1. Oktober 1914 zu Friedhofszwecken nicht benötigt.

In der geschlossenen Sitzung beschloß die Versammlung in zweiter Lesung die definitive Anstellung des Volksschulrats. — Nach längerer Diskussion wurde dann nach der Anstellung des Ingenieurs Otto Geisenhainer zugestimmt. Er ist beim städtischen Tiefbauamt beschäftigt und leitet die Sprengarbeiten bei den gegenwärtigen Tunnelbauten. Betreffs der Gehaltsverhältnisse wurde er in die Gehaltskala der Kammermeister eingereiht. Er bezieht mit 3200 Mark und erhält mit 4800 Mark. Entschädigung der Anciennität beträgt sein jetziges Gehalt 3800 Mark.

\* **Aktion, Dolgarbeiter!** Es sei an dieser Stelle nochmals auf die morgen abends 8 Uhr im Konzerthaus stattfindende außerordentliche Versammlung aufmerksam gemacht. In der selben soll der Bericht von dem Berliner Arbeiterkongress über den Abschluß eines neuen Vertrages gegeben und Bericht über den gefällten Schiedsspruch gefaßt werden. Volksgenossen erscheinen aller Kollegen ist notwendig. (Siehe auch Inferat in heutiger Nummer.)

\* **Unterstützung gegen den Direktor des Oberrealschuls.** Vom Provinzialparlament in Magdeburg waren auf Grund der Berichte über die letzte Stadtverordnetenversammlung gefordert mehrere höhere Beamte in Halle anzuweisen, um über die Schulbedingungen, die Herr Böhring erboten hatte, eine vorläufige Untersuchung vorzunehmen. Das Hauptverfahren folgt dann später nach. Die Mittel hierzu, beschloß Herr Böhring wegen des Einkommens der Beamten, die Beamten im Auftrag seiner Mitbürger zur Verteidigung des Schulleiters in der hiesigen Zeitung veröffentlicht hat, Strafantrag wegen öffentlicher Beleidigung zu stellen. Das Eingebandt war auch den anderen hiesigen Zeitungen zugegangen, wir hatten jedoch nur auszusprechen, unter Vertagung der Beschimpfungen gegen Böhring, bevor Wort genommen.

Das Herr Böhring es aber für nötig hält, seine Worte gegen einen Schüler durch eine Beleidigungswort zu verteidigen, ist wieder zu einer sehr liberalen Delinzenz, wie wir sie in Halle öfters







